**Bei einer Eurobarometer-Umfrage im Herbst 2018 sprachen sich mehr als acht von zehn Europäern für die Freizügigkeit der EU-Bürger aus. Drei Viertel der Befragten unterstützten eine gemeinsame Verteidigungs- und Sicherheitspolitik. Knapp drei Viertel waren für eine gemeinsame Energiepolitik bzw. für die gemeinsame EU-Handelspolitik. Rund zwei Drittel befürworteten eine europäische Einwanderungspolitik sowie eine gemeinsame Außenpolitik der EU-28. Die Zustimmung zur Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion mit dem Euro als Währung unterscheidet sich stark zwischen den Staaten des Euroraums (74 Prozent) und den Staaten, die nicht Teil des Euroraums sind (35 Prozent). Schließlich ist die EU-Erweiterung das einzige von neun genannten Themen, das auf mehr Ablehnung als Zustimmung bei den Befragten stößt.**

Fakten

Bei einer Eurobarometer-Umfrage im Herbst 2018 wurde danach gefragt, ob die Befragten die vorgeschlagenen Themen für die Politik auf EU-Ebene befürworten oder ablehnen. Dabei sprachen sich mehr als acht von zehn Europäern für die Freizügigkeit der EU-Bürger aus, damit diese überall in der EU leben, arbeiten, studieren und Geschäfte machen können (82 Prozent). Drei Viertel der Befragten unterstützten "eine gemeinsame Verteidigungs- und Sicherheitspolitik der EU-Mitgliedstaaten". Knapp drei Viertel waren im Herbst 2018 für "eine gemeinsame Energiepolitik zwischen den EU-Mitgliedstaaten" (73 Prozent) bzw. für "die gemeinsame EU-Handelspolitik" (71 Prozent). Rund zwei Drittel befürworteten "eine gemeinsame europäische Einwanderungspolitik" (68 Prozent) sowie "eine gemeinsame Außenpolitik der 28 Mitgliedstaaten der EU" (66 Prozent). Auch "ein digitaler Binnenmarkt innerhalb der EU" (62 Prozent) und "eine Europäische Wirtschafts- und Währungsunion mit einer gemeinsamen Währung, nämlich dem Euro" (61 Prozent) wurden von der Mehrheit der Befragten unterstützt. Nur beim Thema "zusätzliche Erweiterung der EU, um in den nächsten Jahren andere Länder aufzunehmen", waren mehr Befragte dagegen als dafür (46 gegenüber 44 Prozent).

In allen 28 Mitgliedstaaten der EU findet sich eine große Mehrheit beim Thema Freizügigkeit. Vor allem die Befragten in den baltischen Staaten Lettland, Estland (jeweils 95 Prozent) und Litauen (94 Prozent) sprachen sich im Herbst 2018 dafür aus, dass die EU-Bürger überall in der EU leben, arbeiten, studieren und Geschäfte machen können. Auch in Deutschland und Zypern lagen die Werte klar über dem Durchschnitt (92 bzw. 91 Prozent). In Italien (70 Prozent), dem Vereinigten Königreich (72 Prozent) und in Österreich (74 Prozent) befürwortete hingegen ein geringerer Anteil der Befragten die Freizügigkeit der EU-Bürger.

Wie oben beschrieben, unterstützten im Herbst 2018 drei Viertel der Befragten eine gemeinsame Verteidigungs- und Sicherheitspolitik der EU-Mitgliedstaaten. Diese Zustimmung ist nicht neu: Bei allen Eurobarometer-Umfragen zwischen 2004 und 2018 lag der entsprechende Wert zwischen 71 und 78 Prozent. Zudem wird der Vorschlag in allen EU-Staaten von mehr als der Hälfte der Befragten unterstützt. Am höchsten war die Unterstützung im Herbst 2018 in Zypern (90 Prozent), Lettland (87 Prozent) und Deutschland (86 Prozent). Auf der anderen Seite sprachen sich in Österreich (57 Prozent), dem Vereinigten Königreich sowie in Schweden (jeweils 63 Prozent) weniger Personen für eine gemeinsame Verteidigungs- und Sicherheitspolitik der EU-Mitgliedstaaten aus.

Die Zustimmung zu einer Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion mit dem Euro als Währung unterscheidet sich stark zwischen den Staaten des Euroraums und den Staaten, die nicht Teil des Euroraums sind. So sprachen sich in den Ländern der Eurozone nahezu drei Viertel der Befragten für diese Politik aus (74 Prozent), in den Ländern außerhalb der Eurozone war es nur eine Minderheit (35 Prozent).

In 21 Mitgliedstaaten der EU sprach sich im Herbst 2018 mehr als die Hälfte der Befragten für eine Europäische Wirtschafts- und Währungsunion mit dem Euro als Währung aus. Am stärksten war die Unterstützung dabei in Estland (88 Prozent), Irland und Slowenien (jeweils 84 Prozent). In Ungarn und Rumänien – zwei Länder, die nicht Mitglied der Eurozone sind – wurde der Euro ebenfalls von einer Mehrheit der Befragten befürwortet, wenn auch in geringerem Maße (53 bzw. 61 Prozent). Vergleichsweise gering war die Zustimmung auch beim Euroraum-Mitglied Italien (61 Prozent). In sieben EU-Mitgliedstaaten lehnte im Herbst 2018 eine Mehrheit der Befragten eine Europäische Wirtschafts- und Währungsunion mit dem Euro als Währung ab, wobei keines dieser Länder Mitglied der Eurozone ist: Tschechien und Schweden (jeweils 71 Prozent), Dänemark (65 Prozent), Vereinigtes Königreich (61 Prozent), Polen (58 Prozent), Bulgarien (50 Prozent) sowie Kroatien (48 Prozent / 46 Prozent "dafür").

Die EU-Erweiterung ist das einzige von neun Themen, das auf mehr Ablehnung als Zustimmung bei den Befragten stößt. Im Herbst 2018 waren EU-weit lediglich 44 Prozent für eine zusätzliche Erweiterung der EU, um in den nächsten Jahren andere Länder aufzunehmen, und 46 Prozent dagegen. In 16 Mitgliedstaaten wurde im Herbst 2018 eine Erweiterung der EU mehrheitlich befürwortet. Dabei war die Zustimmung in Spanien (67 Prozent), Litauen (66 Prozent), Polen und Rumänien (jeweils 65 Prozent) am stärksten ausgeprägt. In elf Ländern überwog mehrheitlich die Ablehnung – am deutlichsten in Österreich (69 Prozent), Deutschland (63 Prozent), Finnland (62 Prozent) und Frankreich (61 Prozent).

Datenquelle

Europäische Kommission: Standard-Eurobarometer 89, Die öffentliche Meinung in der Europäischen Union, Frühjahr 2018

Begriffe, methodische Anmerkungen oder Lesehilfen

Das **Eurobarometer** ist eine in regelmäßigen Abständen von der Europäischen Kommission in Auftrag gegebene, öffentliche Meinungsumfrage in den Ländern der Europäischen Union. Dabei wird in allen Ländern eine repräsentative Stichprobe der Bevölkerung befragt.

Informationen zu den aus der Sicht der Bürger **positivsten Errungenschaften der EU** erhalten Sie hier: <http://www.bpb.de/70664>

**Euroraum (19 Länder):** Belgien, Deutschland, Estland, Finnland, Frankreich, Griechenland, Irland, Italien, Lettland, Litauen, Luxemburg, Malta, Niederlande, Österreich, Portugal, Slowakei, Slowenien, Spanien und Zypern.

Dieser Text ist unter der Creative Commons Lizenz [by-nc-nd/3.0/de/](http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/de/) veröffentlicht.

Bundeszentrale für politische Bildung 2019 | [www.bpb.de](http://www.bpb.de)